

Ansprache an die Mitglieder der Gruppe GIARDINO anlässlich deren Generalversammlung vom 30. April 2016 in der Mannschaftskaserne Bern

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Ich möchte meinen Ausführungen folgendes vorausschicken.

Ich spreche hier zu Ihnen als Bürger dieses Landes. Als einer aus dem Volk.

Wie Sie wissen, bin ich kein hoher Offizier. Ich habe es als Oberleutnant zum Dienstchef im Stab einer Flugplatz Abteilung gebracht und war anschliessend in einem Versorgungs Bataillon tätig. Ich habe damals eine unternehmerische Laufbahn einer militärischen Weiterausbildung vorgezogen, weil ich nicht beides mit der gebotenen Seriosität gleichzeitig bewältigen konnte.

Ich weiss, was ein Staat ist und zu welchem Zweck er da ist.

In allen bisherigen Tätigkeiten in meinem Leben, gerade auch als Unternehmer, habe ich meinen gesunden Menschenverstand nicht verloren. Ich lasse ihn bei allem analytischen Denken, das mir meine Ausbildung als Ingenieur gebracht hat, nie ausser acht.

Erwarten Sie also bitte keine militärwissenschaftliche Würdigung der historischen Vorgänge um die Halbierung der Schweizer Armee, sondern ein paar Betrachtungen eines Bürgers aus dem Volk, der noch selber denken kann. Und dazu nicht auf «die da oben in Bern» angewiesen ist.

Ich gliedere meine Ausführungen wie folgt:

In einem ersten Teil möchte ich Ihnen unsere staatsbürgerliche Grundhaltung in Erinnerung rufen.

Im zweiten Teil erkläre ich Ihnen, was unsere Gruppe Giardino unternommen hat, um das kommende Unheil von der Schweizerischen Eidgenossenschaft abzuwenden.

Im dritten Teil möchte ich Ihnen erzählen, wie es zum Referendum gekommen ist und welche Rolle die Gruppe Giardino dabei spielt.

Abkürzungs-Erklärung: «WEA» = «Weiterentwicklung der Armee», siehe Parlaments-Geschäft Nr. 14.069 «Botschaft zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee», gezeichnet Bundespräsident Didier Burkhalter, vom 3. September 2014

Als erstes müssen wir uns als Staatsbürger die Frage stellen, wozu wir überhaupt einen Staat haben

Das ist ja sonnenklar, sagen Sie.

Ja, antworte ich Ihnen, aber offenbar ist das nicht für alle so klar.

Vor allem nicht für viele Politiker.

Menschen organisieren sich in Gruppen, weil dadurch ihre Chancen, zu überleben und ihre Chancen, ein menschenwürdiges Leben führen zu können, sich gegenüber dem Einzelgänger-Dasein massiv erhöhen. Aus steinzeitlichen Grossfamilien und Höhlen-Wohngemeinschaften haben sich im Verlaufe der Geschichte Staaten herangebildet. In ihrer ursprünglichen Form waren das Wehrsiedlungen. Wichtigster Sinn und Zweck dieser Gemeinschaften war die Abwehr von Feinden aller Art, seien dies feindlich gesinnte Nachbarn oder gefährliche Tiere.

Die Gewährleistung des Schutzes von Land und Leuten war also seit eh und jeh die zentrale Aufgabe jedes Staatswesens. Sie ist es auch heute noch. Ja, für uns selbstverständlich. Viele Schweizer Politiker sehen das aber anders. Für sie ist die Gewährleistung des Schutzes von Land und Leuten keine Staatsaufgabe mehr, zumindest keine wichtige.

Dabei ist die Sicherheit das Fundament für alles andere, die Voraussetzung dazu. Sogar die unabdingbare Voraussetzung dazu. Ohne Sicherheit keinen Frieden, keine funktionierende Gesellschaft, keine Kultur, keine gute Schulbildung, keine Veranstaltungen, keine florierende Wirtschaft, kaum Handel, sicher keine Demokratie, keine Zukunft. Ich muss nicht den Veranstaltungskalender von Aleppo oder Rakka konsultieren, um das zu wissen. Ich muss auch nicht die Kriegsvertriebenen aus dem Nahen Osten und aus Nordafrika fragen, um das zu wissen.

Es ist beschämend, dass viele unserer bürgerlichen Bundespolitiker zu den Leuten gehören, die das vergessen haben. Oder wahrscheinlicher, ganz einfach verdrängen. Aus den Augen – aus dem Sinn.

Die Problem-Welt dieser Parlamentarier besteht mittlerweile aus Beliebigkeiten und Belanglosigkeiten, mit denen sie ihren eigenen Parlamentsbetrieb richtiggehend zu-müllen. Themen wie Radio- und Fernseh-Gebühren, Autobahn-Vignetten, Legalisierung von Betäubungsmitteln und dergleichen haben in der politischen Diskussion in der Schweiz weit höhere Priorität als die zentrale Staatsaufgabe der Gewährleistung der Sicherheit. Weil Sicherheit als Dauerauftrag des Staates etwas immerwährendes ist, ist sie vielleicht langweilig geworden.

Wir fragen uns ja seit längerem: Warum hat die Politik das Thema Sicherheit gar nicht mehr auf dem Radar? Eben, Sicherheit ist für die Medien nicht interessant. Es ist eben keine Sau die man jeden Tag anders angestrichen wieder neu durchs Dorf jagen kann. Für die Medien zählt nur das Neue, das Andere. Genau das kann das Thema Sicherheit nicht bieten. Sicherheit ist und bleibt Sicherheit.

Viele unserer Mit-Eidgenossen und Mit-Eidgenossinnen finden Gefallen am medial inszenierten Gezänk der politischen Parteien über irgendwelche Banalitäten. Welches sie genüsslich vom Sofa aus am Fernsehen miterleben können. Als Unterhaltung. Politiker sind zu Entertainern geworden, die Hochbegabten unter ihnen inszenieren sich sogar als Schauspieler. Die oft gar nicht an das glauben was sie sagen. Selbstdarstellung ist ihr oberstes Ziel, die Bevölkerung interessiert höchstens noch als Einschaltquote.

Nun gibt es aber Bürger und Bürgerinnen, die sich nicht benebeln, täuschen oder beirren lassen. Auch nicht gerne betrügen lassen. Zu denen gehören wir. Sonst wären wir nicht heute in diesem Raum zusammengekommen. Bürger und Bürgerinnen nämlich, die noch wissen, was die Schweizerische Eidgenossenschaft eigentlich ist. Die Schweizerische Eidgenossenschaft ist nämlich eine Zweckgemeinschaft. Sie hat Zwecke zu erfüllen, sonst ist sie überflüssig. Damit über die Zwecke der Schweizerischen Eidgenossenschaft keine Unklarheiten aufkommen, gibt es die Bundesverfassung. Die Bundesverfassung ist der eigentliche «Vertrag mit dem Volk».

An erster Stelle des Zweck-Artikels 2 der Bundesverfassung steht: Zitat:
«Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes».
An erster Stelle, wohlverstanden.
Und es heisst darin nicht «versucht, zu schützen», oder «versucht zu wahren», sondern «schützt» und «wahrt».
Die in Absatz 2 bis 4 aufgeführten weiteren Zielsetzungen sind ohne vorherige Erfüllung dieses ersten Absatzes gar nicht verwirklichbar.

Artikel 57 bis 61 der Bundesverfassung präzisieren dann, wie Artikel 2 Absatz 1 auszugestalten ist.

Die Bundesverfassung ist nun nicht einfach eine unverbindliche Absichtserklärung, sondern ein bindender Vertrag, welchen das Schweizer Volk mit der Obrigkeit in Bern abgeschlossen hat.
Das Schweizer Volk ist bereit, für wirklich erbrachte Dienstleistungen einen beträchtlichen Anteil seiner sauer verdienten Steuerfranken und Abgaben zur Verfügung zu stellen. Wird die vereinbarte Leistung aber nicht mehr erbracht, können wir aufhören, Geld nach Bern zu schicken. Wenn somit der wichtigste Zweck der Eidgenossenschaft entfällt, müssen wir dieses Bündnis grundsätzlich neu überdenken.

Die Classe Politique in Bern will das Schweizer Volk jetzt glaubhaft machen, eine halbierte Armee könne den vom Volk erteilten Auftrag vollumfänglich erfüllen. Mit bestenfalls noch 24'000 Infanteristen könnten Land und Leute durchhaltefähig geschützt werden, die rund 1'000 kritischen Infrastrukturen inklusive. Selbstverständlich

flächendeckend und nicht nur bei einzelnen isolierten Ereignissen.

Bei flächenproportionaler Aufteilung der 24'000 Infanteristen sind das für meinen Kanton Zug bei vier Ablösungen noch ganze 35 Mann, die gleichzeitig im Einsatz stehen können. Bei Vollmobilisierung der gesamten Armee, wohlverstanden. Ein einsamer Soldat pro sieben Quadratkilometer.

Auch die gefährlichste Bedrohung eines militärischen Angriffs von aussen, so unwahrscheinlich dieser Fall zurzeit auch erscheinen mag, sei problemlos abzuwehren, so unsere Obrigkeit.

Ich bin nicht der einzige, der diesen Vorschlag des Bundesrates und des Parlamentes für lächerlich hält. Da will jemand das Schweizer Volk über den Tisch ziehen. Ob aus Hinterhältigkeit, Dummheit oder einfach Naivität wäre für jeden einzelnen Akteur noch zu hinterfragen.

Die sogenannte «Weiterentwicklung der Armee» ist nichts anderes als ein Versuch, das Schweizer Volk zu betrügen. Nämlich ihm Sicherheit vorzutäuschen und vorzugaukeln, ohne die vertraglich vereinbarte Leistung zu erbringen. Dem Schweizer Volk wird ein regelrechtes Potemkinsches Dorf präsentiert und untergejubelt.

Für die Unterlassung des Service Public «Sicherheit» sollen dem Schweizer Volk dann Jahr für Jahr 5 Milliarden Schweizer Franken abkassiert werden.

Geschätzte Damen und Herren: Für wie blöd hält man das Volk eigentlich?

Die kommende Volksabstimmung wird uns zeigen, ob das Schweizerische Volk auf diese betrügerischen Machenschaften unserer Classe Politique hereinfällt oder nicht.

Ich komme zum Zweiten Teil, zum Scheitern unserer Überzeugungs-Arbeit.

Die Gruppe Giardino hat in den vergangenen Jahren in zahlreichen Gesprächen und Mails die Bundespolitiker unermüdlich auf die grossen Risiken einer Armee-Halbierung aufmerksam gemacht.

Konsterniert stellen wir in unseren Gesprächen oft fest, dass viele Parlamentarier am Thema «Sicherheit» gar nicht mehr interessiert sind.

In den beiden Sicherheitspolitischen Kommissionen ist es nicht viel anders. Deren Mitglieder fressen dem VBS aus der Hand, kritische Stimmen dringen zumindest nicht nach aussen. Es hat auch kaum mehr Militärkenner unter den Kommissions-Mitgliedern. Die parlamentarische Aufsichtspflicht über das VBS wird sowieso nicht wahrgenommen. Das dazu notwendige, dem Parlament direkt unterstellte General-Inspektorat fehlt – das VBS fürchtet so etwas wie der Teufel das Weihwasser. Mit gutem Grund.

Ja, wieso ist eine Mogelpackung wie die WEA überhaupt so weit gekommen, ohne dass ein Entscheidungsträger die richtigen Fragen gestellt hat?

Die WEA ist nur populär geworden weil zwei längst fällige Mängelbehebungen, nämlich

Ausbildung und Mobilmachung, absichtlich verzögert worden sind, um damit das WEA-Paket schmackhaft zu machen, als Zückerchen auf dem sauren Apfel sozusagen. Beide Mängel sind seit langem bekannt und benötigen gar keine Militärgesetz-Revision. Ihre Verzögerung demonstriert aber in aller Deutlichkeit, wie tief die Handlungsfähigkeit der VBS-Führung inzwischen gefallen ist.

Das Hauptproblem unserer VBS-Führung ist mittlerweile das fehlende Vertrauen, das man diesen Leuten entgegenbringen kann. Wenn das Grund-Vertrauen in den Vertragspartner des «Vertrages mit dem Volk» einmal verlorengegangen ist und nicht durch entschlossene Massnahmen wiederhergestellt werden kann, ist dann wirklich «Hopfen und Malz verloren».

Das VBS und die Armee müssen im Ernstfall wichtige Entscheide innert Minuten oder ganz weniger Stunden fällen. Fällen können. Die gleichen Organisationen sind aber auch nach Jahren nicht in der Lage, Mängel fortlaufend zu erkennen und effizient und zeitnah zu beheben. Wenn die Anforderungen von Agilität, Beweglichkeit, rasche Reaktions- und Aktions-Fähigkeit überhaupt auf irgendeine Organisation des Bundes zutreffen, dann ganz sicher auf das Militär.

Bekanntlich war das Militär in den vergangenen Jahren nicht in der Lage, die erkannten, bekannten Mängel der Armee zu eliminieren. Sind die Verantwortlichen faul, dumm, oder wurden sie gar von oben hierarchisch an der Erfüllung ihrer Verantwortung gehindert? Oder ist ihnen gar ihr Sessel mit der damit verbundenen Entlohnung und Pensionsberechtigung wichtiger als das Wohl unseres Landes?

Trotz Halbierung der Armee soll der Personalbestand des VBS mit der WEA nur marginal von heute 9'500 auf 9'200 reduziert werden. Der Bestand an Instruktionspersonal bleibt gleich. Die Anzahl der Generäle soll ganz leicht von jetzt 54 auf neu 49 sinken.

Merken Sie etwas? Merken sie wo da der Hase hinläuft? Haben Sie realisiert, was «WEA» bedeutet? Sie bedeutet: Der «Apparat» bleibt im wesentlichen unverändert bestehen und wird auch gleich viel kosten wie bisher. Die Leistung aber wird halbiert. Jede Geschäftsleitung, die mit so einem Restrukturierungs-Vorschlag vor den Verwaltungsrat und vor die Aktionäre treten würde, würde sofort mit Schimpf und Schande entlassen.

Im VBS und in der Bundes-Politik ist das anders. Da prostet man sich beim nächsten Apéro zu oder geht auf den nächsten Botschafts-Empfang, wo man sich dann über das Schweizer Volk lustig machen kann.

Das Vertrauen in die Führungsetagen des VBS nähert sich von oben her kommend dem Nullpunkt. Diese Leute haben uns bekanntlich noch vor wenigen Jahren schon die Armee-21 (A XXI) als alternativlos aufgeschwatzt. Als das «Gelbe vom Ei», sozusagen. Heute, wenige Jahre später und nach der «Reparaturmassnahme Entwicklungsschritt 08/11» teilt uns die gleiche Organisation mit, dass die Armee-21 unbrauchbar sei. Unbrauchbar. Es sei sogar so schlimm, dass die Armee 21 nicht einmal mehr repariert werden könne.

Hand aufs Herz. Schenken Sie diesen Leuten das Vertrauen, es einfach noch einmal versuchen zu lassen?

Wäre die WEA ein Kino-Film, würde es auf den Kino-Plakaten heissen: «brought to you by the makers of Armee 21».

Gutmütigkeit und Wohlwollen sind hier fehl am Platz. Es besteht nicht der geringste Grund zur Annahme, dass es diesmal mit der gleichen Mannschaft besser herauskommen soll. Die Politik wird ihre Aufsichtspflicht wiederum nicht wahrnehmen. Und die Führungskultur im VBS hat sich auch nicht geändert. Ja, sie hat sich mit der erzwungenen schriftlichen Zustimmung aller höheren Offiziere zur WEA sogar noch weiter verschlimmert.

Ich verzichte hier auf die nochmalige Aufzählung der zahlreichen Schwachpunkte und Ver-Irrungen der Armee-Halbierung namens «WEA».

Ich komme zum dritten Teil, zum Referendum «NEIN zur Halbierung der Armee».

Es ist ganz wichtig zu wissen, dass das Referendum schon im letzten Herbst angekündigt worden ist. Die Politiker hatten also genügend Zeit zu überlegen, ob sie die unsägliche «WEA» gerade sofort versenken oder die Ehrenrunde über eine Volksabstimmung bevorzugen sollen. Die Politiker haben der Ehrenrunde über die Volksabstimmung den Vorzug eingeräumt und zu diesem Zweck die WEA am 18. März durchgewunken, natürlich wohlwissend dass das Referendum kommt. Dem Volk das letzte Wort in dieser historischen Entscheidung zu überlassen, zeugt immerhin von staatsmännischem Format der bürgerlichen Bundeshaus-Fraktionen.

Auch nach der Ankündigung des Referendums haben wir in Bern mit zahlreichen Politikern geredet. Fast alle haben uns vom Referendum abgeraten. Es sei gefährlich, in dieser Angelegenheit das Volk zu fragen. Das Volk wisse ja gar nicht was das Wort «Halbierung» bedeute. Und über Sinn und Zweck einer Armee habe das Volk ja sowieso auch keine Ahnung. Das Volk sei ja längst nicht so umfassend über die internationale Sicherheitslage informiert wie die Classe Politique.

Und was im Zusammenhang mit «glaubwürdiger Armee» «glaubwürdig» sei, wisse ja auch niemand besser als die Politiker.

Eine Initiative sei viel besser. Man müsse die Armee zuerst halbieren, um sie dann wieder aufbauen zu können. Mit einer Initiative könne man dieses Ziel dann garantiert erreichen.

«Machen Sie ja kein Referendum! Bei diesem Thema kommen nur wir draus!», so die Parlamentarier.

Wenn Sie solche Sprüche hören, liebe Miteidgenossen und Miteidgenossinnen, werden auch Sie hellhörig. So ist es auch uns ergangen. An dieser Sache muss etwas faul sein, wenn die gesamte Classe Politique Angst davor hat, das Schweizer Volk zu fragen, ob es die Armee halbieren will oder nicht.

Wie Sie wissen, führt die Gruppe Giardino das Referendum nicht allein. Es war von anfang an klar, dass das Entstehen für die Sicherheit unseres Landes von einer Volks-Bewegung wahrgenommen wird und nicht von einer vergleichsweise kleinen Gruppierung. Diese Volks-Bewegung, das «Bürgerkomitee für unsere Sicherheit – NEIN zur Halbierung der Armee», unterstützen wir tatkräftig, im Rahmen unserer Möglichkeiten auch finanziell. Wir rufen alle besorgten Bürger und Bürgerinnen aus dem Volk auf, diese Bewegung nach Möglichkeit ebenfalls zu unterstützen.

Wie Sie ebenfalls wissen, ist keine grosse Partei mehr gewillt, für die Sicherheit unseres Landes einzustehen. Vermutlich weil es unbequem ist. Das Thema sei nicht sexy, hören wir.

Der bürgerliche Wahlsieg des vergangenen 18. Oktobers 2015 ist rasch in Vergessenheit geraten, sogar bei den Wahlsiegern. Statt nun endlich und rasch irre Fehlentscheide der vorherigen Legislatur zu korrigieren wie es die Wählerschaft erwartet, macht man auf «courant normal». Und winkt sogar das faule Ei «WEA» durch, ohne nachzudenken, welche Konsequenzen historischen Ausmasses dies für das Schweizer Volk mit sich bringen wird. Das faule Ei «WEA», das den neu gewählten Räten von der vorangehenden Mitte-Links-Legislatur ins Nest gelegt worden war.

Viele Bürger und Bürgerinnen nehmen diese Abkehr zum Teil vom eigenen bürgerlichen Parteiprogramm mit grosser Bestürzung zur Kenntnis.

Ich freue mich sehr darauf, zu beobachten, wie die grossen bürgerlichen Parteien ihrer Wählerschaft im Vorfeld der Volksabstimmung dann erklären, weshalb in der stetig unsicherer werdenden Sicherheitslage ausgerechnet die Halbierung der Armee die richtige Antwort sei. «Alternativlos» sozusagen.

Wenn die grossen bürgerlichen Parteien bei der Halbierung der Armee nicht rasch zur Vernunft zurückfinden, werden sich neue politische Gruppierungen bilden. Diese werden sich der verwaisten und vernachlässigten Staatsaufgabe «Sicherheit» annehmen und die hier entstandene Betreuungslücke ausfüllen. Das ist in der Politik immer so.

Diese neuen politischen Gruppierungen werden kaum den Fehler begehen, nur monothematisch aufzutreten. Sie werden sich aber zweifelsfrei der sehr grossen Sorgen vieler Bürger und Bürgerinnen um unsere vernachlässigte Sicherheit annehmen und zu bewirtschaften wissen.

Wir begrüssen die Bildung solch neuer politischer Bewegungen und hoffen, dass sie dann bei den nächsten Wahlen antreten werden. Es verbleibt ihnen genügend Zeit, um sich warmzulaufen. Und mit der kommenden Volksabstimmung über die Halbierung der Armee eröffnet sich eine einmalige Chance, sich auf der politischen Bühne in der ganzen Schweiz markant in Szene zu setzen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Willi Vollenweider